Stadt Plauen
Verwaltungsausschuss

Plauen, 26. September 2018

Niederschrift
über die 42. Sitzung des Verwaltungsausschusses

Sitzung am :	Mittwoch, den 19.09.2018
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 18:50 Uhr

Anwesenheit:

Name	**Bemerkung**
Vorsitzender	
Bürgermeister Steffen Zenner	i.V. für Herr Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer
Stimmberechtigtes Mitglied	
Herr Sven Gerbeth	
Frau Claudia Hänsel	
Herr Christian Hermann	ab TOP 1.1.
Herr Prof. Dr. Lutz Kowalzick	ab TOP 2. bis TOP 4.
Herr Jörg Schmidt	
Herr Hansjoachim Weiß	
Beratendes Mitglied	
Herr Waldemar Deschner	bis TOP 7.
Herr Torsten Dolata	
Frau Marion Faust	
Herr Uwe Geisler	ab TOP 3.
Herr Kai Grünler	
Herr Eric Holtschke	ab TOP 2.
Frau Gabriele Lorenz	
Stellvertretendes Mitglied	
Herr Klaus Jäger	Vertretung für Herrn Wolfgang Hinz
Herr Thomas Salzmann	Vertretung für Herrn Hansgünter Fleischer

Abwesende:

Name	**Bemerkung**
Stimmberechtigtes Mitglied	
Herr Hansgünter Fleischer	entschuldigt
Herr Wolfgang Hinz	entschuldigt
Herr Benjamin Zabel	entschuldigt

Beratendes Mitglied
Herr Arndt Fröhlich entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Frau Karliner	Fachgebietsleiterin Personal/Org.	gesamte Sitzung
Frau Weigl	Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Herr Zobel	FGL Informationstechnik	gesamte Sitzung
Herr Pöcker	Fachgebietsleiter Brandschutz	bis TOP 3.
Frau Pissors	Fachgebiet Personal/Org.	gesamte Sitzung
Herr Löffler, M.	Stadtplanung	bis TOP 4.
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	bis TOP 7.
Herr Richter	FG Bauordnung	bis TOP 8.1.

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Niehus	Freie Presse – öffentl. Teil

Tagesordnung:
öffentlicher Teil:

1 . Eröffnung der Sitzung
1.1 . Tagesordnung
1.2 . Beantwortung von Anfragen
1.3 . Informationen des Bürgermeisters
2 . Vorberatung
Antrag der SPD/Grüne-Fraktion zur Einrichtung einer themenspezifischen AG "Kleingärtner" -
Reg.-Nr. 303-18 - Stellungnahme der Verwaltung
3 . Informationen aus dem FG IT / Inhalt: Projekte und Ausblick Strategie - Leiter Fachgebiet IT, Herr Zobel
4 . Information
Information zur Auswertung der Jahreshauptversammlungen in den Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Plauen
Drucksachennummer 864/2018
5 . Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1 . Eröffnung der Sitzung

Die 42. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Herrn Zenner, Bürgermeister GB I, in Vertretung des Oberbürgermeisters durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Zur Mitzeichnung der Niederschrift werden Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Fraktion DIE LINKE., und Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, gebeten.

1.1 . Tagesordnung

Bürgermeister Zenner schlägt eine Änderung der Tagesordnung wie folgt vor:
TOP 4. auf den TOP 2. vorziehen und alle weiteren TOP nach hinten zu verschieben. Er stellt die Änderung zur Abstimmung.

Die Tagesordnung für die 42. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses wird mit der

Änderung bestätigt.

1.2 . Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen

1.3 . Informationen des Bürgermeisters

keine Information

2 . Vorberatung

2.1 . Antrag der SPD/Grüne-Fraktion zur Einrichtung einer themenspezifischen AG "Kleingärtner" - Reg.-Nr. 303-18 - Stellungnahme der Verwaltung

Bürgermeister Zenner informiert, dass Herr Löffler, FG Stadtplanung, in wenigen Minuten den Verwaltungsausschuss verlassen muss, deshalb die Änderung der Tagesordnung.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, legt die Intentionen des Antragstellers dar und führt u. a. aus, dass in Abstimmung mit dem Regionalverband Vogtländischer Kleingärtner e.V. die Verwaltung und die Stadträte mit eingeladen werden sollten, damit eine Information gewährleistet und eine entsprechende Verbindlichkeit gegeben ist.

Herr Löffler informiert zu dem am vergangenen Montag stattgefundenen Stadtbau- und Umweltausschuss, zu dem Herr Steffen, Geschäftsführer des Regionalverbands Vogtländischer Kleingärtner e.V., anwesend war. Das Thema wurde ausführlich diskutiert. Es wurde sich auf einen Kompromissvorschlag geeinigt, dass interessierte Stadträte die Möglichkeit erhalten, an den Sitzungen der Arbeitsgruppe teilzunehmen.

Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Fraktion DIE LINKE., hätte vom Antragsteller gern gewusst, warum der Antrag vorberaten wird. Der Verwaltungsausschuss ist ein beschließender Ausschuss! Warum wird sich nicht auf den Beschluss des Ausschusses verlassen?

Bürgermeister Zenner informiert über das Abstimmungsergebnis aus dem Stadtbau- und Umweltausschuss.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., berichtet über eine sehr intensive Diskussion im Stadtbau- und Umweltausschuss. Hauptgegenstand war der Teil A der Kleingartenentwicklungskonzeption, der vom Ausschuss so beschlossen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung empfohlen wurde.
Herr Steffen hat sich zur Gesamtproblematik äußern können und darauf verwiesen, dass im Umweltteil des Stadtkonzeptes 2022 aus dem Jahr 2011 die Erarbeitung eines Kleingartenentwicklungskonzeptes festgelegt wurde. Dies ist nicht geschehen. 2016 erfolgte der Antrag durch die Fraktion DIE LINKE., diese Konzeption gemeinsam mit dem Regionalverband Vogtländischer Kleingärtner e.V. zu erarbeiten. Der Teil A – statistischer Schwerpunkt – liegt nach 2 Jahren vor und Teil B wird folgen.
Nach seiner Auffassung wäre es sinnvoll, im nächsten Zeitraum diese Arbeitsgruppe auch mit Stadträten auszustatten. Damit kann eine fundierte Sicht auf die Gesamtproblematik erfolgen und auf die in Teil B zu fixierenden Handlungsschwerpunkte. Deswegen auch die einstimmige Beschlussfassung zu dieser Arbeitsgruppe unter Mitwirkung von Stadträten.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, hätte gern

gewusst, ob die Beratung im Stadtbau- und Umweltausschuss ebenfalls vorberatend war und noch in den Stadtrat geht.
Die zweite Frage betrifft die Organisation. Wenn die Einbeziehung der Stadträte beschlossen wurde, wie erfolgt die Information z.B. wann die Arbeitsgruppe tagt, soll die Fraktion einen Vertreter benennen usw.

Bürgermeister Zenner geht davon aus, dass bei Tagung der Arbeitsgruppe eine Information an die Fraktionsgeschäftsstellen erfolgt und interessierte Stadträte teilnehmen können.
Er informiert, dass eine Änderung der Stellungnahme der Verwaltung abgestimmt wurde.
Dem Antragsteller empfiehlt er, eine Begleitung im Stadtrat und Herrn Steffen, Geschäftsführer des Regionalverbands Vogtländischer Kleingärtner e.V., nochmals Rederecht einzuräumen.

Bürgermeister Zenner verliest auf Anfrage von Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, den geänderten Text. **(Änderung)**

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für den Teil B des Kleingarten-Konzeptes die Mitarbeit **von interessierten Stadträten** an der bereits eingerichteten Arbeitsgruppe der Kleingärtner zur Abstimmung der Kleingartenentwicklungskonzeption **zu ermöglichen**. Die Organisation und Abwicklung sowie die Federführung des Gremiums soll unter der Leitung des Regionalverbandes der Kleingärtner e.V. erfolgen."

Dieser geänderte Text erhielt im Stadtbau- und Umweltausschuss 6 Ja-Stimmen.

Zur Anfrage von Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, informiert Bürgermeister Zenner dass auf Antrag der CDU-Fraktion schon auf Bauland beachtet wird. Es werden in regelmäßigen Abständen neue Angebote erfolgen. Das Problem besteht in der Herausarbeitung, was ist Bauland und was Pachtland. Es wird auch darauf geachtet, Bevölkerungszuwächse über Bauland generieren zu können.

Stadtrat Jäger führt zur Klarstellung aus, dass sich die Kleingartenentwicklungskonzeption mit dem Regionalverband auf das Kleingartenwesen insgesamt bezieht - schwerpunktmäßig auf die Vereine, die der Regionalverband in Plauen betreut. Die Vereine unterliegen dem Bundeskleingartengesetz, welches das Wohnen innerhalb dieser Anlagen bis auf wenige Ausnahmen ausschließt.
Im Stadtbau- und Umweltausschuss am Montag gab es eine Beschlussfassung, städtisches Pachtland als Wohnstandort vorzubereiten.

Bürgermeister Zenner stellt die Änderung der Stellungnahme der Verwaltung zur Abstimmung und verliest den Text.

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für den Teil B des Kleingarten-Konzeptes die Mitarbeit von interessierten Stadträten an der bereits eingerichteten Arbeitsgruppe der Kleingärtner zur Abstimmung der Kleingartenentwicklungskonzeption zu ermöglichen. Die Organisation und Abwicklung sowie die Federführung des Gremiums soll unter der Leitung des Regionalverbandes der Kleingärtner e.V. erfolgen."

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 0 - Nein-Stimmen, 0 - Stimmenthaltungen

3. Informationen aus dem FG IT / Inhalt: Projekte und Ausblick Strategie - Leiter Fachgebiet IT, Herr Zobel

Herr Zobel, FGL Informationstechnik, berichtet anhand einer Präsentation über die Arbeit des FG IT, über aktuelle und neue Projekte und aktuelle Ausblicke bezüglich Digitalisierung.
Er informiert, dass es aufgrund der Baumaßnahmen erhebliche Einschränkungen in den Räumen des FG IT gibt, da ein Umzug nicht möglich ist.

Herr Zobel berichtet zu aktuellen Themen wie u. a. Datenschutzgrundverordnung, elektronische Rechnungslegung, Microsoft-Lizenzmanagement sowie Erfahrungen aus der bisherigen Tätigkeit. Mehrfach weist er darauf hin, dass die Anzahl der Aufgaben stetig zunimmt und zusätzlich zum Tagesgeschäft abzuarbeiten sind.
Herr Zobel spricht sich positiv über seine Mitarbeiter aus und weist darauf hin, dass aufgrund des zunehmenden Arbeitsaufwandes auch Weiterbildung ein Thema ist. Kostenanstiege der Dienstleister sowie zum Teil angenommene externe Unterstützung schlagen sich ebenfalls finanziell nieder.
Er weist ferner darauf hin, dass vor der Einführung bzw. dem Kauf neuer Software die Erstellung eines Fachkonzeptes erforderlich ist.
Ziel ist, bis 2022 alle Verwaltungsverfahren online beantragen und abwickeln zu können. Dazu wird zurzeit ein Digitalisierungsprogramm „Kommune 2025“ mit den Eckpunkten strategische Entwicklungslinie, operative Handlungsfelder und Finanzierung entwickelt.
Ein Serviceportal – Amt 24 – für den Bürger ist im Gespräch sowie die Einrichtung eines Behördenpostfaches zwischen den einzelnen Kommunen/Behörden zur sicheren Datenübermittlung.

Oberste Priorität ist für Herrn Zobel die Sicherstellung des Tagesgeschäftes. Hinsichtlich der Zielstellung führt er aus zu:
- Sicherstellung des Tagesgeschäftes
- Gewährleistung der IT- und Informationssicherheit
- Notfallmanagement
- Ausschreibung Hot Spots in Plauen über den Bereich Wirtschaftsförderung
- Ausbau Breitband

Anhand einer Folie gibt er einen Überblick über das Dokumentenmanagementsystem (elektronische Rechnungslegung, elektronische Post usw.).

Bürgermeister Zenner weist nochmals auf die geleistete Arbeit von Herrn Zobel bezüglich der Zusammenführung von ADV und IT hin.

Herr Kai Grünler, sachk. Einwohner Fraktion DIE LINKE., stellt folgende Fragen:
1. Gibt es bisher keine Redundanzen mit dem KES-System?
2. Welche Kosten kommen beim Kauf von Microsoft-Lizenzen auf die Stadt zu und um welche Art (Betriebssysteme oder Anwendungssoftware) handelt es sich?
3. Besteht die Möglichkeit z. B. die ORIS-Software-Schiene komplett auf Open Source Software umzustellen?

Zu den Hotspots wurde zu einer Ausschreibung informiert.
Damit schafft man Parallelstrukturen. Es gibt bereits flächendeckendes WLAN in Plauen durch den Freifunk und man könnte das in bestimmten Fällen nur unterstützen und ergänzen, was günstiger wäre.
Zum Thema elektronische Zahlung mit PayPal ist die Datenschutzgrundverordnung zu beachten - auch für die Bürger. Herr Grünler würde einen anderen Zahlungsdienst nutzen und im Vorfeld abklären, inwieweit Daten von zahlenden Kunden weitergegeben werden.

Zum Web-Interface hätte Herr Grünler gern gewusst, inwieweit eine barrierefreie Benutzeroberfläche angedacht ist, dass es auch mit Screen Reader genutzt werden kann.

Bürgermeister Zenner antwortet zur Frage 1.:
Ein Umzug des IT-Bereiches im Hause gestaltet sich aufgrund des benötigten Volumens schwierig. Es wäre eine externe Verlagerung erforderlich. Deshalb ist Herr Zobel angehalten, täglich die Räume abzuschreiten, zu kontrollieren und sich mit den Baufirmen abzusprechen.

Herr Zobel führt ergänzend hinzu, dass die Stadt ein redundantes Rechenzentrum und separate Serverräume hat. Es geht hier um die Büros und das Lager. Das ist auch der Punkt, dass wir nicht umziehen können.
Zu Web-Interfaces und PayPal, stimmt er Herrn Grünler zu. Es werden bestimmte Dinge kommuniziert. Aus seiner Sicht wird die Stadt in den nächsten Jahren keine andere Chance haben als die Angebote, die der Bund/das Land zur Verfügung stellen, zu nutzen, um Kosten zu sparen und einen sogenannten Standard zu erhalten. In den Gesetzesentwürfen wird der Begriff PayPal genannt. Diese ganzen Bewegungen, Gesetzesentwürfe und Arbeitsgruppen zielen darauf hin, im Bund und im Land einen einheitlichen Standard zu schaffen.
Gleiches gilt bei Web-Interfaces. In den Entwürfen steht - wird barrierefrei aufgesetzt. Was letztendlich kommt kann man nicht genau sagen. In Sachsen gibt es das KDM-Netz und da müssen wir uns einfach andocken.
Zu dem Thema Hot Spot erläutert Herr Zobel, dass das FG IT Zuarbeit zur Ausschreibung eines Konzeptes geleistet hat. Es ist alles noch in Vorbereitung.
Im Packet Microsoft-Lizenzen ist alles enthalten, Betriebssystem, SQS Server, elektronische Zeiterfassung, Word, Excel usw. Zu den Kosten kann momentan noch keine Aussage getroffen werden. Bezüglich der Fachanwendungen haben wir eine starke Bindung bei Microsoft, die wir erhalten müssen.
Auf Open-Source sind einige Kommunen gegangen, haben es aber wieder zurückgenommen.
Im Rahmen der KISA gab es Unterstützung im Bereich des Lizenz-Managements. Auf Grund einer Hochrechnung wurde für die Haushaltsplanung der nächsten 3 Jahre das Budget erhöht.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, bedankt sich für die Präsentation und die geleistete Arbeit. Zurückblickend auf die letzte Präsentation, November 2017, waren noch 2 Punkte offen.

1. Es wurde in Aussicht gestellt, dass 2018 gemeinsam über Eckpunkte einer Rahmenkonzeption gesprochen wird.
2. Es sollte Beratungen mit SAKD geben u. a. auch zu Konsolidierungsmöglichkeiten in Bezug auf Zusammenarbeit mit dem Landratsamt.

Erfolgt diesbezüglich noch eine Information?

Herr Zobel führt aus, dass sich zwischenzeitlich hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem Landratsamt einiges getan hat. Es gibt Gespräche, regelmäßige Treffen, auch zum Thema Geoinformationssystem gibt es Fortschritte.
Mit verschiedenen Städten und Kommunen wie z. B. Zwickau und Radebeul steht die Stadt in Kontakt bezüglich E-Rechnungsworkflow.
Nächste Woche findet wieder das 1/4jährliche Treffen interkommunalen Austauschs statt.
Das Problem ist, es gibt viel Austausch und es wird viel gesprochen. Zu diesen neuen Rahmengedanken Digitalisierung „Kommune 2025“ - Themen und Betrachtungsweisen - kann man aktuell noch keine Handlung ableiten. Um diese Themen anzustoßen fehlt an der Stelle die konkrete Führung. Wesentlich ist, dass alle an einem Strang ziehen.

Bürgermeister Zenner sieht das Problem darin, wenn wir jetzt starten und sich dann im Bund und im Land neue Programme entwickeln, haben wir das Geld der Stadt verbrannt.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, hat in den letzten Jahren mehrfach die Zusammenarbeit mit dem Landratsamt, Eigenbetriebe und städtische Gesellschaften eingeschlossen, und dabei Aspekte wie Kostenanstieg und Fachkräftemangel angesprochen. Konkret gab es dazu noch keine Information.

Herr Zobel merkt dazu an, dass es seinerseits Gedanken gibt, verschiedene Dinge zu bündeln. Andererseits spielen hier politische Aspekte eine Rolle.
Konkretes Beispiel wäre Redundanz und Backup-Rechenzentrum. Es wäre die Überlegung, einen Teil im Landratsamt zu installieren, damit im Worst Case nicht beides verloren ist. Das ist finanziell

sehr intensiv und bedeutet Untersuchungen und bedarf eines konkreten Auftrages. Aufgrund der Vielzahl an Themen ist es derzeit nicht zu schaffen. Außerdem müssten beide Dienststellenleitungen aktiv werden.

Für Stadtrat Hermann unterstreicht es das Erfordernis einer IT-Gesamtkonzeption, die vom Stadtrat und von der Verwaltung beschlossen werden muss. Er hätte, gern auch schriftlich, ein Beratungsergebnis zu den Aussagen, was es im vergangenen Jahr an externer Beratungsunterstützung und Konsolidierung für diese Zusammenarbeit in Anspruch genommen wurde. Wenn es die Erkenntnis gibt, es muss auf politischer Schiene angepackt werden, ist das auch in Ordnung.

Bürgermeister Zenner fasst zusammen: gewünscht wird eine ausgefeilte Strategie, Definition der Eckpunkte und welches Ziel verfolgt wird.

4 . Information
Information zur Auswertung der Jahreshauptversammlungen in den Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Plauen
Drucksachennummer 864/2018

Herr Pöcker, Fachgebietsleiter Brandschutz, weist darauf hin, dass auf Grund der Änderung der Beratungsfolge auf der Vorlage unter Information „Finanzausschuss“ zu streichen und dafür Verwaltungsausschuss einzusetzen wäre.
Der Text lautet somit:

Information:

Der **Verwaltungsausschuss** der Stadt Plauen …

Herr Pöcker führt weiter aus, dass es nach Erstellung der Informationsvorlage eine Information der Landkreisverwaltung über die Zuführung von 2 neuen Kat-Schutzfahrzeugen gab. Im gestrigen Feuerwehrausschuss wurde das Fahrzeugkonzept der nächsten 4 - 5 Jahre vorgestellt. Es beinhaltet, dass die Ortsfeuerwehr Großfriesen ein neues Fahrzeug 2019/2020 durch das Land Sachsen erhält. Dies wäre eine Veränderung gegenüber dem in der Informationsvorlage Dargestellten.
Herr Pöcker führt weiterhin zur Vorlage, insbesondere zum SB Jugendfeuerwehr aus.
Er bittet nachzusehen, dass die Tätigkeit des SB Jugendfeuerwehr nicht allein an den generierten Jugendlichen gemessen werden kann.

Bürgermeister Zenner nimmt Bezug auf die Veranstaltung am letzten Samstag in der Poeppigstraße „25 Jahre Jugendfeuerwehr Mitte“. Hier wurde deutlich, dass der überwiegende Teil der Jugendfeuerwehr durch Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr akquiriert wird.

Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Fraktion DIE LINKE., fragt nach, ob es im Zuge des neu installierten Blitzers in der Dresdener Straße dazu kam, dass im Einsatz befindliche Feuerwehrfahrzeuge geblitzt wurden und die Feuerwehr Widerspruch einlegen muss. Gibt es dazu einen Lösungsvorschlag?

Herr Pöcker informiert zum Verfahren u. a., dass nach Zugang des Bescheides ein Einsatzprotokoll

hinterlegt und das Verfahren eingestellt wird. Diese Vorgehensweise ist sehr zeitaufwändig.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, ist es wichtig alles zu tun, den Jugendlichen das Ehrenamt näher zu bringen und für die Feuerwehr zu begeistern. Im Feuerwehrausschuss wurde nochmals klar dargelegt, dass die Freiwilligen Wehren diese Planstelle als Unterstützung ansehen und befürworten. Wie die Planstelle qualitativ untermauert wird, wäre noch zu klären.
Ebenfalls wurde an ihn die Frage herangetragen wie es sich verhält, wenn Kameraden der Freiwilligen Wehren mit ihrem Privatfahrzeug zum Einsatz fahren und geblitzt werden. Im Nachgang bedeutet es für den „Ehrenamtler" einen hohen Aufwand. Er bittet es zu untersuchen.
Zur Sandsackfüllmaschine wurde gestern Einigung erzielt, einen Notfallplan zu erarbeiten der u. a. beinhaltet, wie die Verwaltungsmitarbeiter aus dem Bauhof einbezogen werden können, da dort die entsprechende Technik (Radlader) zur effektiven Nutzung der Sandsackfüllmaschine vorhanden ist. Erst danach wäre über den Kauf der Maschine zu entscheiden.
Weiterhin wurde im Feuerwehrausschuss die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes als notwendig gesehen als Informationsinstrument für den Stadtrat zu Investitionsstau, Fahrzeugbestand und Haushaltsplanung. Er bittet nochmal im FG darüber nachzudenken, dem Ziel, Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans aller 5 Jahre – wie in der ursprünglichen Vorlage beschrieben – näher zu kommen.

Herr Pöcker weist daraufhin, dass er bereits im Verwaltungsausschuss die Gründe für die Erstellung des Brandschutzbedarfsplanes 2020 dargelegt hat. Grundlage jeglicher Veränderung sind Daten, Fakten und Zahlen sowie Kenngrößen, die über einen gewissen Zeitraum gesammelt und dann bewertet werden. Eine Feuerwehr auszurichten ist nicht allein ein Prozess von 5 Jahren oder10 bis 15 Jahre im Voraus zu planen. Einbezogen werden muss auch die gesellschaftliche Entwicklung.

Dem Thema Sandsackfüllmaschine hat man sich genähert. Hausintern müssen auf Verwaltungsebene die Dinge mit dem EigB GAV besprochen und festgelegt werden. Ebenso muss eine Lagermöglichkeit für den Sand gefunden werden.
Eine solche Investition erfordert eine ordentliche Vorbereitung. Auch eine personelle Absicherung muss bei Erfordernis gegeben sein – ähnlich wie im Hochwassergefahrenabwehrplan.

Auf Nachfrage von Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, erklärt Herr Pöcker, dass es nicht vorgesehen ist Stadträte einzuladen. In der Regel werden 2 Feuerwehrausschüsse im Jahr durchgeführt und zu 1 Ausschuss werden von ihm Stadträte eingeladen.
Das Thema Sandsackfüllmaschine stand nicht speziell auf der Tagesordnung.

Frau Lorenz, sachkundige Einwohnerin, CDU-Fraktion, fragt nach dem Telefonanschluss in der FFW Thiergarten.

Herr Pöcker merkt an, dass vor Jahren aus Kostengründen die Telefonanschlüsse entfernt wurden. Jetzt werden die Gerätehäuser wieder auf ein Mindestniveau gesetzt, d. h. es wird ein DSL-Anschluss benötigt und PC-Technik. Wo keine Telefonanschlüsse vorhanden werden sie beantragt, um die Alarmierungssoftware nutzen zu können. Speziell in Thiergarten ist die Technik vorhanden.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, bedankt sich, dass die Vorlage vor der Haushaltsbefassung ausgereicht wurde und fragt nach, ob das Austauschfahrzeug für Stöckigt in der Aufstellen der Vorlage mit enthalten ist.

Herr Pöcker: Durch die Zuführung der Katschutz-Fahrzeuge haben sich einige Dinge geändert. Er informiert über den geplanten Ringtausch.

Zur ½ Planstelle SB Jugendfeuerwehr merkt Stadtrat Weiß an, dass es hier nicht nur um die Planstelle geht, sondern die Schwerpunkte definiert sind. Es sollte vor allem eine fachliche/pädagogische Qualifikation vorliegen. Von Vorteil wäre auch eine gewisse Erfahrung im Umgang mit Kindern.
Vielleicht ist eine Zusammenführung mit einer anderen Planstelle möglich oder es gibt Interessenten aus dem Bereich Feuerwehr, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr am Einsatz teilnehmen können. Wichtig wäre eine Stellenbeschreibung zu erstellen.

Stadträtin Hänsel regt an, darüber nachzudenken, ob die ½ Stelle des SB Jugendfeuerwehr mit dem von der Fraktion vor längerer Zeit gewünschten Kinderschutzbeauftragten in einer Stelle zusammengeführt werden könnte.
Ebenso sollte man sich Gedanken machen, wie der zusätzlich entstandene Arbeitsaufwand durch die Blitzer unter Umständen reduziert werden kann.

Bürgermeister Zenner wird die Anregung mitnehmen, um eine praktikablere Lösung zu finden.

Bürgermeister Zenner verliest den Text der Informationsvorlage:

Information:

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Plauen nimmt die Informationen des Fachgebietes Brandschutz über die stattgefundenen Jahreshauptversammlungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Plauen und die darin diskutierten Probleme zur Kenntnis.

5. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

- **Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, sind die Ampelschaltungen an verschiedenen Kreuzungen in Plauen (z. B. ZWAV) unbegreiflich.
  Er hätte gern gewusst, warum die Ampelschaltung an der Reißiger/Luther Straße (Heim Volkssolidarität) stadtauswärts so verkürzt wurde, dass nur 3 – 4 Autos bei der Grünphase die Kreuzung befahren können. Dadurch entsteht ein Rückstau bis zur Berufsschule.**

  Bürgermeister Zenner sagt eine Beantwortung zu.

- **Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, bittet, im nächsten Verwaltungsausschuss die drei Plauener Wahlkreise darzustellen.**

  Bürgermeister Zenner wird die Anfrage weiterleiten.

- **Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, hätte gern gewusst, ob es den Tatsachen entspricht, dass im Zusammenhang mit der erfolgreichen Klage eines Angehörigen der Berufsfeuerwehr, im Zusammenhang mit der Umstellung des Schichtsystems, finanzielle Mehrbelastungen auf die Stadt Plauen in nicht unwesentlicher Höhe zukommen.**

  Bürgermeister Zenner wird die Frage weiterleiten.

- **Herr Eric Holtschke, sachk. Einwohner SPD/Grüne-Fraktion, sind Müllablagerungen am Mühlgraben im Bereich Mediamarkt/Aral Tankstelle Richtung Fußweg und an der**

Panzerbrücke bei Neoplan flussaufwärts rechts aufgefallen.

<u>Bürgermeister Zenner</u> wird den Hinweis weiterleiten.

Plauen, den	Plauen, den
Steffen Zenner Bürgermeister	Claudia Hänsel Stadträtin
Plauen, den 26.09.2018	Plauen, den
Winkler Schriftführerin	Hansjoachim Weiß Stadtrat